

Zur Zukunft der EU-Strukturfonds in Nordrhein-Westfalen: Einfacher, konzentrierter, sichtbarer !

1. Das Bundesland Nordrhein-Westfalen:

- ... ist nicht nur das einwohnerstärkste, sondern auch das am dichtesten bewohnte Flächenland der Republik. Fast 40 % aller deutschen Großstädte liegen in NRW. Neben den vielen Ballungsvorteilen konzentrieren sich hier aber auch die typischen Großstadtprobleme: Hohe Verkehrsdichte, Flächenknappheit für Wohnen und Gewerbe, Mangel an bezahlbarem Wohnraum, hohe Armutsquoten, Armutszuwanderungen und auseinanderdriftende Stadtgesellschaften, Umweltprobleme, etc. Stadtregionale Verflechtungszonen mit ihren spezifischen Herausforderungen gewinnen an Bedeutung.
- ... hat aber teilweise auch eher ländlich geprägte Regionen, die sich u.a. mit sinkender Bevölkerung, Fachkräftemangel und mangelnder öffentlicher Daseinsvorsorge konfrontiert sehen.
- ... befindet sich weiterhin im wirtschaftlichen Wandel, verbunden mit Chancen und Risiken. Es gilt, die Chancen der Digitalisierung, der Energiewende, der neuen Leitmärkte sowie der dichten Hochschul- und Innovationslandschaft entschlossen zu nutzen.
- ... hat auch zukünftig noch erheblichen Erneuerungs-, Ausbau und Neubaubedarf bei wirtschaftlichen und sozialen Infrastrukturen.

Die Komplexität der räumlichen Ausprägung der Regionen innerhalb NRWs stellt eine Besonderheit in Deutschland wenn nicht sogar in der ganzen EU dar. Diese regionale Heterogenität und die daraus resultierenden Stärken und Schwächen der nordrhein-westfälischen Teilräume muss handlungsleitend berücksichtigt werden.

2. Die Europäischen Strukturfonds:

- ... sind mit ca. 500 Mrd. € in dieser Förderperiode 2014 – 2020 der bedeutendste Beleg gelebter europäischer Solidarität.
- ... haben auch zukünftig, nach 2020, eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, dem Auseinanderdriften der EU durch ein zentrales Projekt der Europäischen Kohäsion zu begegnen.
- ... müssen zukünftig stärker als bisher leistungsfähige öffentliche Institutionen und rechtsstaatliches Handeln von den Mitgliedstaaten fordern als notwendige Voraussetzung für den Einsatz der EU-Mittel.
- ... sollten aktives Bürgerengagement und Partizipation als wichtige Erfolgsfaktoren für Regionalentwicklung unterstützen.

3. Mehr Konzentration auf landespolitische Schwerpunkte

Nordrhein-Westfalen muss auch in der nächsten Förderperiode 2021 – 2027 an den EU-Fonds angemessen partizipieren, das Land sollte die Mittel allerdings gezielter einsetzen: Mit den EU-Instrumenten in NRW kann nicht alles - und nicht alles überall gleichzeitig - gemacht werden. Die Fonds sollen nicht dazu dienen, in den vielen unterschiedlichen Fachressorts jeweils Haushaltslücken zu schließen und somit in ihrer Wirkung beliebig zu werden. Sie müssen sich auf die oben beschriebenen Landesaufgaben konzentrieren und hierzu sichtbare Lösungen hervorbringen. Ressortegoismen müssen deshalb zurückstehen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle drei Fonds (EFRE, ESF, ELER) besser zusammenarbeiten. Dies gilt sowohl für die Programmaufstellung als auch für die Programmumsetzung. Um den Einsatz der Fonds nicht nur gezielter, sondern auch einfacher und übersichtlicher zu handhaben, wären ein einheitliches Programm für alle Fonds und eine einheitliche Verwaltungsbehörde für die Abwicklung sinnvoll. Dieses einheitliche Programm orientiert sich strikt an wenigen, klaren und überschaubaren Landeszielen und beinhaltet mehr Mittel als bislang für spezifische regionale Handlungskonzepte, die diese Landesziele umsetzen.

Eine erfolgreiche Umsetzung dieses Landesprogramms kann nicht allein durch die Förderung isolierter Einzelprojekte ohne Bezug zueinander gelingen. Wesentliche Erfolgsbedingungen sind zunächst einmal die Erstellung von durchdachten Handlungskonzepten, die Zusammenarbeit in Umsetzungs-kooperationen und der Aufbau von Vertrauenskapital. Es geht dabei nicht um „temporäre Beutegemeinschaften“, sondern um langfristig stabile Kooperationsformen.

Wettbewerbliche Verfahren können bei der Programmumsetzung weiterhin eine wichtige Rolle spielen, sie sollten sich jedoch nicht nur auf die Auswahl isolierter Einzelvorhaben beschränken.

4. Mehr Sichtbarkeit – Voneinander lernen

Wenn die EU-Strukturfonds stärker als bisher dem europäischen Zusammenhalt dienen sollen, müssen sie nicht nur effektiver eingesetzt, sondern auch sichtbarer und für bislang nicht förderaffine Zielgruppen erreichbar werden. Die Steuerbürger in Europa sollen wissen, was ihre Steuermittel in den Regionen vor Ort konkret bewirken. Sie sollen sich ein Urteil über die jeweilige Wirksamkeit bilden und erkennen, wo sie ihr Engagement und ihre Fertigkeiten einbringen können. Es sind hierfür geeignete zielgruppenspezifische Präsentationsformate zu etablieren. Hierdurch entsteht ein von der europäischen Kommission immer wieder geforderter EU-Mehrwert der Fonds.

Die Fonds-Programme brauchen deshalb u.a. zielgruppenspezifische und öffentlichkeitswirksame Zwischen- bzw. Abschlusspräsentationen. Diese können je nach Programm-Schwerpunkten regional und/oder thematisch gegliedert sein. Bei der IBA Emscher Park 1989 - 1998, den REGIONALEN in NRW seit 2000 sowie bei der Kulturhauptstadt Ruhr 2010 wurden mit diesen Präsentationen-Formaten gute Erfahrungen gemacht. Sie motivieren die Akteure, ihre Vorhaben zügig zu realisieren und zu Fördererfolgen zu kommen.

Eine bessere Ergebnispräsentation führt auch dazu, dass von guten Beispielen gelernt werden kann. Imitation oder Adaption von guten Beispielen haben geringe Kosten, aber einen hohen Lerneffekt. Hierauf wird noch zu wenig Wert gelegt. Warum nicht mal ein Belohnungs- und Anreizsystem für diejenigen Vorhaben ausprobieren, die erfolgreich kopieren/adaptieren oder kopiert/adaptiert werden?

5. Rolle der Regionen

Nordrhein-Westfalen ist mit fast 18 Mio. Einwohnern ein großes Land mit profilierten Regionen. Die Regionen und ihre Regionalmanagements sind zunehmend wichtige Ideengeber und Motoren der Strukturentwicklung, sie können in Ihren Regionen Kommunen, Initiativen, Unternehmen und Forschungseinrichtungen zusammenbringen und treiben Entwicklungsprozesse voran. Die Landesregierung sollte eine solche Managementleistung zukünftig von allen Regionen einfordern.

Die Regionen sollten deshalb bei der Aufstellung und inhaltlichen Umsetzung der Operationellen Fonds-Programme intensiv beteiligt werden.

Diese Beteiligung kann weit reichen, z.B. indem zu bestimmen Schwerpunktthemen des Landesprogramms im Wettbewerb regionale Handlungskonzepte eingefordert und ausgewählt werden. Die Umsetzung der besten Konzepte kann dann in einem mehrjährigen Zeitraum durch die Fonds unterstützt werden, bis hin zu einer Abschlusspräsentation am Ende der Förderperiode. Dabei gilt es, die Regionen NRWs in ihrer Heterogenität anzusprechen, konsensual abgestimmte Zukunftskonzepte einzufordern und erst auf dieser Grundlage Förderungen zu gewähren.

6. Besser einfach!

Der hohe Aufwand bei der Umsetzung der Fonds-Programme ist nicht nur ärgerlich, er führt auch zu strukturpolitisch unerwünschten Effekten:

Z. B. beantragen diejenigen Fördermittel, die im Umgang mit den Programmen bereits „geübt sind“. Das sind nicht automatisch diejenigen, die die besten Ideen haben. Und gerade kleine Unternehmen und finanzschwache Kommunen mit eher kleinen Verwaltungsapparaten werden von der „Förderbürokratie“ abgeschreckt und können nicht partizipieren.

Einige Vereinfachungswege wurden schon aufgezeigt:

- Die Konzentration auf ein einziges Landesprogramm und eine Abwicklungsbehörde. Alle Fonds und territorialen Programme tragen dazu bei, das Landesprogramm umzusetzen.
- Die Konzentration auf wenige thematische Ziele.

Das reicht aber noch nicht. Die EU muss ihre Fonds-Verordnungen vereinfachen und konzentrieren. Kontrollen durch EU-Einrichtungen sollten sich vorrangig auf solche Mitgliedstaaten fokussieren, deren Verwaltungs- und Kontrollsysteme vergleichsweise fehleranfällig arbeiten.

Es muss außerdem zu weiteren Vereinfachungen für Fördernehmer kommen: Grundsätzlich sollten bei Prüfungen eines Vorhabens nicht mehrere nationale oder mehrere europäische Instanzen für die Auslegung der gleichen Vorschriften zuständig sein (Vertrauensschutz). Neben dem

- Wegfall von Mehrfachprüfungen sind die Möglichkeiten zum Einsatz von Förderpauschalen auszuweiten,
- Abrechnungssysteme zu verschlanken sowie
- Prüf- und Aufbewahrungsfristen zu verkürzen.

Über uns

Die Gesellschaft für Strukturpolitik (GfS) wurde Ende 2006 als gemeinnütziger Verein mit Sitz in Bonn gegründet. In der GfS bündelt sich ein Wissens-Netzwerk, das mit unterschiedlichen Interessen und fachlichen Ansätzen sowie praktischer Erfahrung aus einer Vielzahl von Arbeitsfeldern eine große Problemlösungskraft zur Verfügung stellt.

Wir verstehen uns als ein Forum für den offenen interdisziplinären Austausch von Erfahrungen und Ideen zwischen Wissenschaftlern/-innen und Praktikern aus unterschiedlichen relevanten Handlungsfeldern. Unser Ziel ist die Unterstützung wirtschaftlicher Entwicklung auf lokaler und regionaler Ebene.

Die Mitglieder der GfS beschäftigen sich in Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Beratung unter anderem mit kommunaler und regionaler Wirtschaftsförderung, Stadt- und Regionalmarketing, europäischen Strukturfonds und regionaler Strukturpolitik, integrierter Entwicklung auf regionaler und lokaler Ebene, lokaler Ökonomie, regionaler Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit sowie mit internationaler Entwicklungszusammenarbeit. Durch dieses breite Wissens- und Erfahrungsspektrum können Fachthemen aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet werden.

Im Mittelpunkt der Arbeit der Gesellschaft für Strukturpolitik (GfS) stehen die Durchführung von Bildungsveranstaltungen, Foren und Workshops sowie der informelle Austausch zwischen den Mitgliedern. Die Gesellschaft bietet einen organisatorischen Rahmen und identifiziert wichtige aktuelle Themenfelder der Wirtschafts- und Regionalentwicklung, die die Mitglieder im Rahmen von Beiträgen oder Veranstaltungen ausfüllen.

Dieses Positionspapier ist ein Beitrag der Arbeitsgruppe EU-Strukturfonds der GfS.